

Limburger Anzeiger

Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Abonnementserwerb: täglich (mit Werktagen).
Bezugssatz: monatlich 4.— Mark einschl. Postbelehrung
oder Beitragszahle. — Reklamationszeit.
Zeitung Nr. 82. — Postleitzahl 2520. — Druckerei a. W.

Nummer 289

Gründet 1888.

Bronnweiler Redakteur Hans Knobels,
Druck und Verlag der H. Schindler Verlag und Nachdruck
in Limburg a. R. Jahr.

Abonnementserwerb: die 6 geprägten Seiten oder deren
Raum 70 Pg. Die 91. zum dritten Stellmazette 2.10 Pf.
Bezahlt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigen-Mindestpreis bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Limburg, Mittwoch, den 15. Dezember 1920.

83. Jahrgang

Die Not der Beamten.

Bei diesem Thema geben uns folgende offizielle Ausführungen zu:

Die Not der Beamten läßt sich von keiner Seite mit Zulogern abtun. Es kann nicht geleugnet werden, daß viele Schichten der Beamtenchaft in unerträgliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Die Regierung ist höchst Verantwortung für die Herbeiführung beschleunigter Entlastung durchaus bewußt, andererseits kann sie aber ausreichende Hilfe nicht von heute auf morgen gewähren. Bei dieser Sachlage muß auch im Beamtenkreise das notwendige Maß von Überlegung gefordert werden. Wenn z. B. ein Beamtenstreit eintreten sollte, wäre die erste Überlegung: Sind die Voraussetzungen zu einem Erfolg gegeben? Diese Frage ist zu beurteilen. Dabei bedarf es nicht der Erörterung, ob den Beamten mit dem Koalitionsrecht auch das Recht zu streiken zustehe. Selbst wenn dies der Fall wäre, blieben immer noch Bedenken genug bestehen, die die Beamten von einer Arbeitsniederlegung zurückhalten sollten. Oder soll etwa nur den Beamten das Recht auf einseitigen Kontraktbriuch verliehen werden, ohne daß dem anderen vertragsschließenden Teil, dem Arbeitgeber, dem Staat, das gleiche Recht zugeschanden worden ist? Was nun würde die Folge eines Beamtenstreits sein? Automatische Löschung des bisherigen Beamtenverhältnisses. Zwiedmäthiheitsgrundsatz hätten nachher darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen der Staat ein neues Dienstverhältnis mit den Beamten eingehen will. Der kreisende Beamte muß die Folgen seines Handels auf sich nehmen. Von dieser Überlegung freistet ihn auch nicht die drückendste Notlage. Denn nicht nur auf den Grund der Not kommt es an, sondern auf die tatsächliche Wirkung der zu unternehmenden Schritte. Der Beamte ist nun einmal ein besonderes Verhältnis zum Staat eingegangen. Er ist Diener am Volk. Und seine Regierung kann, solange der Beamte die lebenslängliche Anstellung besitzt, tatenlos zuschauen, wie der Beamte in Beleidigung dieser seiner Stellung sein Dienstverhältnis, ja zudem er es für geboten erachtet, aufzöß oder fortsetzt.

— Dazu sicher gerade das parlamentarische System der Republik den Beamten die Anwendung gewerkschaftlicher Mittel in einem Maße zu wie keine andere Staatsform. Die Regierung ist nicht seine politische Feindin, sondern das Organ der Volksgesamtheit, das den Willen der Parlamente zum Ausdruck bringt. Der Umstand, daß das Verantwortungsbewußtsein der Parlamente im Volksstaat als ein außerordentlich seingeschmiedtes Instrument arbeitet, gewährleistet aber auch den Beamten die weitestgehende Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Maß der Erfüllung gebunden ist an gegebene Möglichkeiten. — Das muß bedacht und weiter überlegt werden, ob es nicht durch Gewaltakte die Lage in alle Verschlüsse holen, anstatt dem zweifellos an sich berechtigten Streben nach Besserung der eigenen Lage zum Erfolg zu verhelfen. — Welches wären die wirtschaftlichen Folgen eines Beamtenstreits? Die deutsche Wirtschaft würde durch einen Stich empfangen, der tödlich wirken könnte. Aber selbst wenn das Schlimmste durch rechtzeitig getroffene Voreinahmen der Regierung abgewendet werden würde, so würde doch eine nicht unerhebliche Schädigung der Gesamtheit verhindert werden. Sind aber nicht auch die Beamten ein Teil dieser Volksgesamtheit? Würden also nicht auch sie selbst mitbetroffen werden? Aber selbst, wenn ihre Aktion in einem Erfolg enden würde — seine Wirkung bliebe negativ. Denn er könnte keine allgemeine Hebung des Kaufs auf das Geldes nach sich ziehen. Darauf aber müßte es doch allein den Beamten ankommen. Niemand wird verneinen, daß die Führer der Beamtenorganisationen in einer überaus schwierigen Lage sich befinden. Mehr denn je gehört im Augenblick Mut dazu, sich vor den Mitgliedern zur Wahrheit zu betonen. Das Maß der auf den Führern lastende Verantwortung für die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft ist so riesengroß, daß sie kein Mittel unversucht lassen würden, um die von ihnen geführten vor Unbesonnenheiten zu bewahren, die wieder gut zu machen schwerlich gelingen würde. Aber aus die Beamtenbewegung selbst würde Rückschlägen ausgehen, die sie auf absehbare Zeit nicht überwinden könnte. Wie wäre die Fortführung einer fortschrittlich gerichteten Beamtenbewegung denkbar, wenn die Regierung gezwungen würde, nach dem Missbrauch der organisatorischen Macht durch die Beamten zur künftigen Sicherung des deutschen Wirtschaftslebens entsprechende Vorkehrungen zu treffen? Solche Maßnahmen herausfordern, heißt gegen das eigene Interesse der Beamten handeln.

Eine neue deutsche Oberschlesiennote.

Berlin, 14. Dez. Der deutsche Botschafter in London hat an Lloyd George eine Note zu dem Abstimmungsvertrag der Entente überreicht, in der die Regierung nach Anerkennung ihrer Ansprüche auf einen freien, unbefestigten und geheimen Wahlkasten, dem nur durch volle Befestigung der Abstimmung genügt werden könne, die Entente mündliche Besprechung des ganzen Problems vorschlägt. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Erfüllung der Ententevorschläge eine Differenzierung der Abstimmungen nach Anfängen und Auswärts, die auch nach einer Note des englischen Premierministers unbedingt vermieden werden müsse, nicht ausgeschlossen sei.

Eupen-Malmedy vor dem Völkerbund.

London, 13. Dez. (WTB.) Das Generalsekretariat des Völkerbundes überreichte heute dem Völkerbundesmitgliedern eine deutsche Note, die Reichskanzler Simons an den General-

sekretär Sir Eric Drummond gerichtet hat. Die vom 30. November datierte Note legt dar, daß Deutschland den Beschluss des Völkerbundes vom 20. September, in dem die Eupen und Malmedy endgültig Belgien zuwiesen, nicht anerkennt können, weil nach dem Vertrag nicht der Rat, sondern der Völkerbund selbst, d. h. die Völkerbundesversammlung einen solchen Beschluss lassen müsse. Der Völkerbundesrat erklärte Deutschland, daß er einen anderen Beschluss gezeigt haben würde, wenn der Nachweis gebracht worden wäre, daß durch Einschüchterung, Amtsmißbrauch und Drohungen die Volksbefragung unmöglich gemacht worden sei. Die deutsche Note erklärt nun, daß sie diesen Nachweis in der Anlage erbringe, und, auf diese Beweise gestützt, darauf rechne, daß die Abstimmung ungültig erklärt und der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werde, ihren Willen frei, wie der Friedensvertrag es fordert, auszusprechen. Das Generalsekretariat verteilt unter die Völkerbundesmitglieder nur die Übersetzung dieser Note, nicht aber das beigelegte Memorandum mit den Anlagen, in denen die Beweise aufgeführt werden, auf die sich die deutsche Note stützt. Das Sekretariat begnügt sich damit, den Delegierten mitzuteilen, daß sie diese Dokumente in der Bibliothek des Sekretariats finden können. Es fügt hinzu, daß sie dort auch die übrigen Akten über Eupen und Malmedy finden, darunter den Bericht der belgischen Regierung vom 17. November, in dem, wie es in dem Begleittexten des Generalsekretariats wörtlich heißt, „die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Durchführung der Volksbefragung widerlegt worden sind.“

Ein internationaler Gerichtshof.

Genf, 13. Dez. Auf der Völkerbundstagung wurde heute nach erregter Debatte, in der besonders die kleinen europäischen und die südamerikanischen Staaten eine entschiedene Haltung einnahmen, die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes beschlossen. Das Projekt bedarf noch der Ratifizierung durch mehr als die Hälfte der Völkerbundesstaaten.

Die Zerstörung der Festungen.

Die deutsche Regierung hatte vor Botschafterkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrag vorgeschene Zerstörung von Festungen übermittelt. Wie das „Berl. Tageblatt“ mitteilt, hat die Kontrollkommission die deutschen Vorschläge als ungenügend juristisch gewiesen und weitere Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung rund 620 Millionen Mark kosten würde, während zur Ausführung der deutschen Pläne nur 65 Millionen erforderlich sind. Es ist zu hoffen, daß die Botschafterkonferenz der schweren wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung tragen und die über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Forderungen der Kontrollkommission fallen lassen wird.

Kohleneinfuhr aus England.

Hamburg, 13. Dez. (WTB.) Der Dampfer „Phönix“, der heute von Newcastle on Tyne abgeht, bringt die erste Ladung englischer Kohle nach dem Kriege nach einem deutschen Hafen. Die Ausfuhr wurde nach langen Verhandlungen vom englischen Kohlenkommissar genehmigt.

Sonntagschichten für die Armen.

Nach einer Blättermeldung aus Halle an der Saale haben hämische Kohlendiebler des Neuselwitz-Rößiger Kohlegebietes beschlossen, an jedem Sonntag zu zwei Stunden unentgeltlich länger zu arbeiten und den Ertrag den Bedürftigen von Leipzig und Altenburg kostenlos zu liefern. Es werden jeden Sonntag 70.000 Zentner Briketts verteilt werden.

Attentate auf Denkmäler.

Kattowitz, 13. Dez. (WTB.) Heute morgen wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in die Luft gesprengt und zerstört. Durch die Gewalt der Explosion wurden die Fensterscheiben der umliegenden Häuser zertrümmert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Berlin, 13. Dez. (WTB.) Aus Riga wird mitgeteilt: Auch hier wurde das Denkmal Kaiser Wilhelms am Marktplatz gestern früh vom Soden heruntergerissen. Man bemerkte im Laufe des Tages verschiedene verdächtige Gestalten, denen man die Tat zuschreibt.

Der Brand von Cork.

Paris, 13. Dez. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in London macht über die jüngsten Vorfälle in Cork noch folgende Einzelheiten bekannt: Den ganzen Samstag mittag stürmten die Regierungstruppen stark bewaffnet auf die Stadt Cork zu und erregten bei ihrem Durchmarsch durch die Stadt Angst und Schrecken. Um 7 Uhr abends wurde eine Abteilung bei ihrer Rückkehr in die Kaserne überfallen und 12 der Soldaten verwundet. Eine halbe Stunde später zogen Truppen, die sogenannten „Blacks and Tans“ durch die Straßen und forderten die Frauen auf, in die Häuser zurückzukehren. Die Männer wurden einer strengen Durchsuchung unterzogen, Straßenbahnenwagen angehalten und der Verlehr vollkommen lahmgelegt. Um 10 Uhr abends begannen die Truppen, die Häuser zu durchsuchen und verübten neue Repressalien. Die Soldaten legten darauf Feuer an den Neubau des Magazins, des Sir Stanley Harrington, der kein Sinnfeind ist. Nach kurzer Zeit war das Magazin vollkommen vernichtet und auch viele Gebäude der Nachbarschaft wurden ein Raub der Flammen. — Der „Petit Parisien“ berichtet noch dazu, daß um 2½ Uhr nachts eine Gruppe der „Blacks and Tans“ in das Haus der Brüder Delany eintrat, einen der Brüder tötete und den anderen wie dessen Onkel verwundete.

London, 13. Dez. (WTB.) Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der durch Feuer in Cork zerstörten Häuser auf 140 geschätzt. Bei einer Schätzung wurden nach

zwei Personen getötet und 14 verletzt. Hunderte von Menschen sind gesichtet. Der katholische Bischof machte in der Kathedrale feierlich bekannt, daß er alle an den Überfällen von Reichstruppen beteiligten Personen exkommuniziere.

London, 13. Dez. In Cork sind im ganzen 300 Häuser niedergebrannt. Sinnfeiner und Engländer beschuldigen sich gegenseitig, das Feuer angelegt zu haben.

Bismarck und Wilhelm II.

Während das gerichtliche Verfahren wegen der Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks Memoirenwerk „Gedanken und Erinnerungen“ noch schwelt, ist der in Rom erscheinende „Tempo“, in der Lage, bis ins einzelne gehende Veröffentlichungen aus dem in Deutschland noch nicht erschienenen Buche zu bringen. Es befindet sich in diesem neben vielem Bekanntem auch manches Neue.

Das erste Kapitel lautet „Prinz Wilhelm“ und schildert den nachmaligen Kaiser als Schüler Bismarcks, dem er zu jener Zeit in abgöttischer Verehrung zugetan war. Langsam macht sich jedoch ein Zweipalt bemerkbar, der bereits heftige Form annimmt, als Wilhelm den antisemitischen Pfarrer Stoeder vertheidigt, den Bismarck „doppelt gefährlich“ nennt, weil er „als Politiker ein Pfaffe und als Pfaffe ein Politiker“ sei. In einem Briefe kündigt der Prinz dem Kanzler einen Erlass an die deutschen Fürsten an, denen er bei seiner Thronbesteigung ausdrücken will, in welcher Weise er hünftig ihren Rat einholen wollte. Befehl sei Befehl, denn „partiert muß werden“. Dieser Erlass soll nach dem Wunsche des damaligen Prinzen vertragt an sämtliche Vertretungen Preußens im Reiche verkündet werden, damit er sofort bei der Thronbesteigung bekannt gemacht werden könnte. Dieser Brief ist ein Jahr vor dem Tode Wilhelms I. geschrieben worden. Bismarck erwiderte folgendes: „Darf ich Eure Königliche Hoheit ergeben bitten, den mir gültig überlassenen Entwurf unverzüglich den Klammern zu übergeben?“

In dem nächsten Kapitel werden die von Bundesfürsten und Generälen gegen den Kanzler gesponnenen Intrigen schriftlich beleuchtet. In dem folgenden Kapitel „Der Kanzler“ ist bereits der Gegenzug zwischen Kaiser und Kanzler verzeichnet. Der junge Kaiser erscheint da in neuem Lichte eines sozial denkenden Menschen. Er träumt noch von einer Verbesserung der Klassen und will diese durch Schutzgesetze für die Arbeiter rasch und ideal erzwingen. Bismarck stellt die Sache so dar, als ob der Kaiser den Arbeiter durch Abgrenzung der Arbeitskunden zum Arbeiten zwingen wolle, während die Masse der Arbeiterschaft selbst arbeitsfreudig sei. Schließlich gab Bismarck in diesem Punkte nach und des Kaisers Arbeiterschutz drang durch. Weiter schreibt Bismarck mit Sarkasmus den Kreis der Freunde des jungen Kaisers, die amtlich und außeramtlich die Politik des Kanzlers hören, und macht sich besonders über den Dilettanten Hendrich lustig, „von dem die Männer behaupten, er sei Politiker, während die Politiker behaupten, er sei Malei“. Der Konflikt spielt sich zu. Im Januar und Februar 1890 sagt Bismarck dem Kaiser direkt: „Darf ich Euer Majestät im Wege.“ Bismarck fährt fort: „Der Kaiser schwieg, bezahlte also.“

Das Kapitel „Meine Entlassung“ zeigt den Kanzler, der nach allem, was der dem Staat geleistet, nicht freiwillig gehen will, sondern es auf einen Entlass ankommen läßt. Bei mehreren Sitzungen, die der Kaiser leitet, nimmt das gesamte Kabinett gegen den Kanzler Partei. Als Bismarck nachher fragt: „Warum?“, erwidert ihm einer: „Es muß etwas geschehen, was ihm gefällt.“ Bismarck bemerkt dazu höchst erfreut, die Macht des Königs von Preußen so stark gesteigert zu finden, die 1862 so stark erschüttert war. Schließlich nimmt Mitte März der Kaiser den bekannten letzten Besuch Windhors in Bismarck zum Anlaß einer entscheidenden Szene, die bekannt ist. Der Kaiser kommt in dieser Unterredung auch auf seinen Lieblingswunsch, seinen Besuch beim Jäger in Ruhland bald zu wiederholen, zu sprechen. Gelassen zieht Bismarck aus einer Mappe ein Altenstück hervor. Erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London, des Kürschners Hahfeld, eingetroffen, der recht ablebt, abfällige Urteile des Jägers über den Kaiser verzeichnete. Der Kaiser erucht ihn, den Bericht vorzulegen. Bismarck lehnt ab. Der Kaiser, jugendlich neugierig, greift nach dem Bericht und liest ihn selbst. Er wird blaß, unruhig, denn „es handelt wirklich recht ablebt Dinge über ihn darin“. Bismarck läßt von diesem Punkte ab auf wenigen Seiten die Katastrophe sich entrollen. Der Kaiser erhält den Bericht irgendeines in Ruhland tätigen Deutschen Konsuls, der eine drohende Mobilisation Ruhlands vorauszuwissen glaubt. Der Kaiser glaubt jedes Wort und schreibt ein beiliegendes Blatt an den Kanzler, warum man so hochwichtige Dinge orenthalte? Bismarck, der seit 30 Jahren preußische Politik getrieben hat, bringt den ohnedies wütenden Herrn durch seinen Vortrag noch mehr in Wut. Hierzu tritt die bekannte Streitfrage, ob der Minister direkt oder nur auf dem Umwege über den Ministerpräsidenten mit dem Kaiser amtlich verkehren dürfe. Es folgen die bekannten Intrigen Böttchers und seiner Leute. Bismarck, immer bestrebt, „sich hinauswerfen zu lassen“, gibt sich noch einen Augenblick den Anschein, als wollte er den Posten des preußischen Ministerpräsidenten aufgeben und nur noch einige Monate Reichskanzler spielen. Der Kaiser fordert die Aufhebung seiner alten Verordnung. Es folgt dann die schon bekannte Darstellung von der Entstehung des Bismarck-Abschiedsgeklag.

Als Epilog fügt sich, diesem Hauptteil des Werkes ein Kapitel an: Kaiser Wilhelm II. Hier wird der Charakter des Kaisers aus den Eigenschaften seiner Vorfahren abgeleitet, doch so, daß deren Schwächen und Fehler als Quelle derselben Schwächen des Kaisers gleichsam entlastend auf-

Das Angebot hierin wie in Lupinen und Seradella ist ziemlich umfangreich. Auch in Speiseerbsen hat sich bezüglich der Preise nichts, im Abzak wenig verbessert. In den letzten Tagen wurden manche gröhere Posten Brotzaharken, ancheinend für Kommunen zu Preisen von ca. 250 Mark für den Zentner aus dem Markt genommen. Sehr flau lagen Delikatessen. Für diese ist der Weltmarkt mit seinen Preisen so erheblich unter den Wert unserer inländischen Raps und Rüben, wie Leinsamen zurückgegangen, daß letztere nur ganz vereinzelt und sehr schwer, erstere nur bei beträchtlichem Entgegenkommen in den Hörderungen untergegangen war. Die Delikatessen klagten andauernd über die Schwierigkeit des Abzahls ihrer Del. Auch für Delikatessen ist der Verkauf nur zu erheblich ermöglichten Preisen möglich, ebenso lagen Schnell und Mischfutter schwach.

Amtlicher Teil.

(Nr. 289 vom 15. Dezember 1920)

Bekanntmachung.

Die Herren Bürgermeister des Kreises haben die Brotbücher und Brotzaharken, gültig für die Zeit vom 20. Dezember 1920 bis 16. Januar 1921, bestimmt am Freitag

den 17. Dezember, 1920 von 8 bis 12 Uhr vormittags auf Zimmer 16 des Landratsamtes abholen zu lassen.

Die Zeit ist bestimmt einzuhalten, da um 12 Uhr sämtliche Büros geschlossen werden und somit eine Ausgabe der Brotbücher nicht mehr erfolgen kann. An späteren Tagen werden ebenfalls keine Brotbücher mehr ausgegeben.

Die Brotbuchausgabe ist wie die von mit vorgebrachten Urlauberliste ist in allen Spalten ordnungsmäßig aufgerechnet und am Schluß richtig zusammengestellt, vorzulegen.

Die während der laufenden Brotzaharkenperiode nicht zur Ausgabe gelangten Brotbücher sind mit mit vorzulegen.

Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, daß die Brotbücher und Brotzaharken von dem Abholer nachgezählt werden müssen und spätere Reklamationen nicht mehr berücksichtigt werden.

Bezüglich der Ausgabe der Brotzaharken weise ich darauf hin, daß nach meiner Umdruckverfügung vom 8. September 1920 — J. Nr. R. A. 2648 — nur Bergarbeiter unter Tage, Schweiß- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn und Binnenschiffer in Frage kommen und daher in der seitens der Bürgermeister bei der Abholung der Brotzaharken vorgelegenden Liste nur die genannten Arbeiter aufzuführen sind.

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß bei der Abholung der Brotbücher, das zur Abrechnung der für die Zeit vom 22. November bis 19. Dezember d. J. erhaltenen Brotbücher bestimmte Formular sorgfältig ausgefüllt vorzulegen ist.

Limburg, den 13. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

An die Schuldeputationen und Schulvorstände des Kreises.

Ich erfuhr, mit bestimmt bis zum 20. Dezember er, mitzuteilen:

1. Die Zahl der Schulstellen nach dem Stande vom 31. März 1919,

2. ob und gegebenenfalls wieviele Schulstellen und von welchem Zeitpunkte ab während der Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 in Zugang oder Abgang gekommen sind.

Die Angaben müssen genau gemacht werden, da sie als Unterlage bei Herstellung widerruflicher Ergänzungspauschale dienen.

Limburg, den 12. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. H. Nr. 3504.

KONZERT

zugunsten der Oberschlesischen Abstimmung

Freitag, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr
im Saale der „Alten Post“.

unter gütiger Mitwirkung des Wiesbadener Trios:
Herren Professor Franz Mannstaedt (Klavier),
„ Selmar Victor (Violine),
„ Professor Oscar Brückner (Violoncello),
Opernsängerin Fr. Lilli Haas (Alt),
Opernsänger Herr Nic. Geisse-Winkel (Bariton),
sämtlich erste Solomitglieder des Staatstheaters zu Wiesbaden
(früher Königl. Theater).

Vortragsfolge:

- | | |
|--|------------------|
| 1. Trio für Klavier, Violine u. Cello
op. 11 | L. van Beethoven |
| 2. 3 Lieder: | |
| a) Waldes einsamkeit | Brahms |
| b) Wie Melodienn zieht es mir | |
| c) Von ewiger Liebe | |
| 3. Klavier vorträge: | |
| a) Nocturno in G-dur | Chopin |
| b) As dur-Polonaise | |
| (Fra. Mannstaedt) | |
| 4. Cellovorträge: | |
| a) Wiegenlied | Rich. Strauss |
| b) Moment musical | Frz. Schubert |
| c) Mazurka G-moll | Popper |
| 5. Violinvorträge: | |
| a) Air auf der G-Saite | J. S. Bach |
| b) Altdeutscher Tanz | C. M. v. Weber |
| c) Zigeunerweisen | T. Nachez |
| 6. Gesangsvortrag: | |
| Ansprache des Hans Sachs a. d.
Oper „Die Meistersinger von
Nürnberg“ | 9/288 |
| Nie. Geisse-Winkel. | R. Wagner |

Eintrittskarten in der Buchhandlung H. A. Herz (Heinrich) zu 7 und 5 Mark, und abends an der Kasse zu 8 und 6 Mark.

Strümpfe,
Damenwäsche,
Herrenwäsche,
Erstlingswäsche,
Unterzeuge, Unterröcke,
Glacé-, Wildleder- und
Stoffhandschuhe,
Selbstbinder,
Krawatten,
Kragen.

LORENZ & OEHLMER
Limburg

Bahnhofstraße 7. 3/283

Das beste und praktischste
Weihnachtsgeschenk
für die Hausfrau ist und bleibt die
Nähmaschine.

ständig grösseres Lager in erstklassigen deutschen Fabrikaten.
Maschinen von Mk. 850 an aufwärts bis zu den Luxusausstattungen.

Wilh. Möbus, Limburg a. L.
Untere Grabenstrasse 18. 13/284

Empfehlung für Weihnachten:
Kurze, lange und Müh-Pfeifen,
Zigarren, Zigaretten, Tabake
in jeder Preislage
Zigarren
in 10 u. 25 Stück Weihnachtspackung,
Spiele, Bilderbücher, Jugenddriften,
Bilder,
gerahmt und ungerahmt, zu billigen Preisen.

Christoph Grill,
neben dem fah. Schellenhaus. 2/289

Kriegsblinden-Lotterie

Helfet den Kriegsblinden
zum Weihnachtsfest!

Ziehung: 22. u. 23. Dez.

Gew. Kap. M. 100 000

Haupt-Gew.: M 60 000

„ „ 50 000

„ „ 10 000

Lose zum amtlichen Preise

von Mk. 3.60, Porto u. Liste

Mk. 1.— mehr. 10 Lese

sortiert Mk. 37.—

Bestellung umgehend er-

beiten 8/289

Lotteriebank

M. LEWERENZ

HAMBURG 22 am Markt 8b.

am Bahnhof Postamt 2020

Debiten

Postamt

Schweiz

Niederrhein

London

London

New York

75. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

73. 1/2

